



Direkte Demokratie

**UNABHÄNGIGE
KANDIDATEN**

Bürgeraktion zur Aufstellung unabhängiger Direktkandidaten
Geschäftsstelle: Alte Poststraße 119, 87600 Kaufbeuren
Telefon: 08341 / 9663242 (Fax: 01212 555 097 348)
E-Mail: kontakt@unabhaengige-kandidaten.de
Internet: www.unabhaengige-kandidaten.de
Spenden: Kto. 87378 Raiba Kaufbeuren (BLZ 734 600 46)

bitte lesen und weitergeben!

Wir brauchen mehr direkte Demokratie!

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandel. Heute leben wir anders als vor 20 oder 50 Jahren, fragen Sie Ihre Kinder oder Eltern. Im Durchschnitt verfügen die Menschen nun über eine umfassendere Bildung. Gesellschaftliche Probleme werden heute viel stärker wahrgenommen. Müssen da nicht auch unsere demokratischen Formen entsprechend fortentwickelt werden?

Wir fordern: Abstimmungen + direkte Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen!

Laut Grundgesetz (Art. 20) geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Dabei werden neben Wahlen auch Abstimmungen genannt. Volksabstimmungen findet man jedoch nur ansatzweise bei Ländern und Kommunen; auf Bundesebene wurde diese Bestimmung des Grundgesetzes noch nicht entsprechend ausgestaltet. Im Juni 2002 fand ein Gesetzentwurf der rot-grünen Regierung zwar eine Mehrheit im Bundestag, doch durch Ablehnung der Union und Teilen der FDP wurde die erforderliche 2/3-Mehrheit leider verfehlt.

Es gibt viele Gründe, die für mehr direkte Demokratie sprechen - einige haben wir hier aufgeführt - überzeugen Sie sich bitte selbst!

1. Einfluss der Parteien mindern!

Direkte Demokratie hat keine politische Farbe. Sie ist ein Instrument, das Menschen ermutigen soll, sich wieder für die Politik und damit für die Gemeinschaft zu engagieren. Wenn Bürger selbst etwas bewegen können, werden sie sich wieder zunehmend mit Politik beschäftigen.

Wir appelliere daher an alle Parteien und Bürger, sich engagiert und tatkräftig für Volksabstimmungen einzusetzen. Davon werden wir alle profitieren!

Im Grundgesetz (Art. 21) heißt es nur „Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Heute hat der Bürger das Gefühl, die Parteien entscheiden, nach welchen Kriterien er zu leben hat. Oft fühlt er sich von Vorschriften erdrückt, die er nicht nachvollziehen kann.

Bei Wahlen hat er zwar die Möglichkeit, einer Partei seine Stimme zu geben, die er „für das kleinere Übel“ hält, danach ist er den Entscheidungen aber hilflos ausgeliefert. Die Folge sind nicht gehaltene Wahlversprechen, Resignation und sinkende Wahlbeteiligung.

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien haben sich in unserem Staat breit gemacht. Über verschiedene Wege der Parteienfinanzierung haben sie ihre finanzielle Grundlage bestens abgesichert. Aufkommende „Konkurrenz“ wird sofort entsprechend - meist gemeinsam - bekämpft und in vielen Fällen benachteiligt.

Die Regierung trifft heute die wichtigen Entscheidungen, das Parlament nickt ihre Vorschläge nur noch ab. Die „Vertretung des Volkes“ hat damit ihren Einfluss praktisch eingebüßt und viel an Akzeptanz in der Bevölkerung verloren. Beschlossen wird, was die Regierung durchsetzen will, denn sonst verliert sie ihr Gesicht.

Auch die Qualität der Gesetze leidet darunter. Eine ehrliche Diskussion über bessere Lösungen findet längst nicht mehr statt. Die Bürger könnten das durch entsprechende Stimmabgabe bei Wahlen ändern. Darauf werden die Parteien bestimmt reagieren!

2. Akzeptanz der Politik steigern!

Demokratie lebt von der Beteiligung und Initiative der Bevölkerung. Wo diese fehlt, ist auch die Demokratie in Gefahr. Menschen wollen wichtige politische Entscheidungen des Staates mitbestimmen. Erst das gibt ihnen das Gefühl, Bestandteil dieser Gemeinschaft zu sein.

Die jetzige Möglichkeit, alle 4, 5 oder 6 Jahre bei Wahlen eine der vorhandenen Parteien auszuwählen, halten wir nicht für ausreichend. Die jetzige „Parteien-Demokratie“ wollen wir wieder in eine lebendige Demokratie mit aktiven Bürgern umwandeln.

Das Herz jeder Demokratie ist die Souveränität des Volkes. Heute schimpfen viele Menschen auf Politiker und Parteien und fühlen sich fremdbestimmt. Zu viele kümmern sich nicht mehr um Politik. Oft halten sie getroffene Entscheidungen für falsch. Sie sehen jedoch keine Chance, ihren Protest und ihre Ideen in einem demokratischen Prozess einzubringen. Die aufkommende Parteien- und Politikverdrossenheit schlägt immer mehr in Resignation um, und lähmt unsere Gesellschaft. Sie kann aber auch zu politischer Gewalt führen!

Entscheidungen durch Regierungen oder Parlamente werden nie die Akzeptanz von Volksabstimmungen erreichen. Gerade für zukunftsweisende und dauerhafte Entscheidungen (Atomkraft, EU-Erweiterung, Sozialsystem usw.) halten wir die Zustimmung einer möglichst breiten Basis für erforderlich. Man sollte den Bürger hier endlich für mündig erklären!

Im Vorfeld von Volksabstimmungen müssen selbstverständlich alle damit zusammenhängenden Probleme unter Nennung der Vor- und Nachteile mit den Bürgern diskutiert werden. Die Auswirkung und die Notwendigkeit von Entscheidungen werden dabei für den Einzelnen sichtbar und „die da oben“ können Probleme nicht mehr verschweigen und gegen die Mehrheit der Bürger regeln.

Diese neue Offenheit in unserer Gesellschaft mahnen wir an! Die von allen Seiten immer wieder geforderte Eigenverantwortung wird so endlich auch bei Entscheidungen umgesetzt.

Ist eine Entscheidung durch die Bevölkerung getroffen worden, fällt es den Menschen leichter, entsprechende Veränderungen zu akzeptieren und umzusetzen. Aufgaben und Pflichten von Staat und Bürger werden so gleichermaßen erleichtert.

3. Reformstau auflösen, Probleme anpacken!

Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, ihre Ideen auch außerhalb von Parteien vorzustellen. So treten verschiedene Vorschläge in Wettbewerb zueinander und können sich gegenseitig befruchten.

Dadurch kann sich niemand mehr auf seiner Machtposition ausruhen. So steigen die Chancen und das Tempo, die Versäumnisse der letzten 20 Jahre Schritt für Schritt aufzuholen.

Wenn die Bürger selbst "die Ärmel hochkrempeln und anpacken", geht es voran! Wir glauben, dies wird der "Ruck" sein, auf den unsere Demokratie schon so lange wartet!

Politischen Entscheidungen betreffen immer Menschen. Deshalb sollte es selbstverständlich sein, dass Bürger die Chance haben, sich selbst aktiv an der Diskussion und Lösung von Problemen zu beteiligen. Durch mehr direkte Demokratie wollen wir die Menschen nicht nur stärker an der Politik beteiligen, sondern auch ihr Verständnis für Politik ausbauen. Lobbyisten haben so immer weniger Chancen.

Anregungen der Bürger werden heute durch unsere Parteien und Parlamente oft aus Überlastung, Eitelkeit und Selbstüberschätzung nicht zur Kenntnis genommen. Reformstau, Bürokratie und Ungerechtigkeiten sind die Folge. Durch mehr direkte Demokratie können Bürger die Politik und Gesetzgebung selbst vorantreiben und den Stillstand überwinden.

Gerade dieser Wettbewerb wird auf vielen Politikfeldern zu wichtigen Verbesserungen führen, denn bei Volksabstimmungen werden sich die Menschen immer für die aus ihrer Sicht beste Lösung entscheiden. Durch Volksabstimmungen können die Bürger die politischen Spielregeln auch neu gestalten. Die Kompetenz vieler Bürger kann so zum Wohle der Gesellschaft genutzt werden.

4. Volksabstimmungen sinnvoll organisieren!

Das Volk muss grundsätzlich über alle politischen Fragen abstimmen dürfen. Bei Grundgesetzänderungen und der Übertragung von Hoheitsrechten sollte grundsätzlich die Zustimmung der Bevölkerung notwendig sein. In Bayern ist dies bei Verfassungsänderungen z. B. so geregelt.

Abstimmungen sollten aber nicht willkürlich, sondern nur zu wirklich wichtigen Fragen erfolgen. Daher sind entsprechende Hürden (Zahl der Unterschriften usw.) erforderlich. Ein Quorum lehnen wir jedoch ab, wie bei Wahlen muss die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden.

Grundsätzlich sollten Volksabstimmungen immer zusammen mit anderen Wahlen stattfinden, um den finanziellen und organisatorischen Aufwand zu begrenzen. Wir meinen, die freiwillige Zusammenlegung verschiedener Wahlen auf 1-2 Termine im Jahr wäre in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Alternative.

Über alle Themen, über die gewählte Politiker entscheiden, muss auch die Bevölkerung abstimmen dürfen. Es darf keine Politikverbote geben! Dies gilt ausdrücklich auch für Steuer- und Finanzfragen. Änderungen des Grundgesetzes oder die Übertragung von Hoheitsrechten (z. B. Euro-Einführung) müssen von der Bevölkerung mitgetragen werden und sollten der Zustimmung der Bevölkerung – zumindest nachträglich - bedürfen.

Da Volksabstimmungen nur zu wichtigen Themen erfolgen sollen, halten wir es für unverzichtbar, entsprechende Hürden einzubauen. Ob man die Grenze bei 100.000 oder 1 Mio. Unterschriften zieht und wie die Details geregelt werden, ist im Einzelnen noch zu klären.

Eine Mindestbeteiligung (Quorum) lehnen wir ab, da dies die „Schlafmützen“-Demokratie fördert und die Bürger nicht für Politik aktiviert. Etwas anderes kann nur gelten, wenn auch für Wahlen entsprechende Quoren eingeführt werden. Unterschiedliche Verfahren lehnen wir ab!

Um den finanziellen und organisatorischen Aufwand auf ein Mindestmaß zu begrenzen, befürworten wir eine Zusammenlegung von Volksabstimmungen mit anderen Wahlen. Praktikabel wäre es, freiwillig sämtliche ordentlichen Wahltermine auf Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene auf jährlich ein bis zwei Termine zusammen zu legen und bei Bedarf an diesen Terminen auch Volksabstimmungen abzuhalten.

Zur weiteren Ausführung des Themas hier ein Auszug aus einer Veröffentlichung in „Die Welt“:

„Das Parteienkartell lähmt die Republik“

Zwölf Thesen zum Zustand von Staat und Gesellschaft

Von Hans Herbert von Arnim

1. – 10. (hier nicht aufgeführt)

11. Da die Verzerrungen die Strukturen der politischen Willensbildung betreffen, setzen wirkliche Verbesserungen ihre Entzerrung voraus. Es bedarf der systemischen Restrukturierung. Nur mittels eines kontrollierten Systemwandels wird es möglich sein, die Grundprinzipien der Demokratie in deutlich höherem Maße zu verwirklichen als bisher. Gegen Auswüchse des Parteienstaates gibt es am Ende nur ein wirksames und zugleich demokratisches Gegengewicht: das Volk selbst. Wenn der repräsentative Ansatz nicht voll trägt, weil die Repräsentanten sich nicht mehr am Gemeinwohl orientieren; wenn der indirekte Weg, dem Willen des Volkes Geltung zu verschaffen, nämlich der politische Wettbewerb, durch Kartelle verstopft ist, drängt sich der direkte Weg umso mehr auf: die unmittelbare Demokratie durch Volksbegehren, Volksentscheid, Initiative und Referendum. Diese Institutionen können und sollen die repräsentative Demokratie zwar nicht ersetzen, würden sie aber sinnvoll ergänzen. Um dem Volk mehr Einfluss zu geben, brauchen wir grundlegende Verfassungsänderungen, wozu auch ein Wahlrecht gehört, mit dem die Bürger ihre Repräsentanten in den Parlamenten und an der Spitze des Staats wirklich auswählen (und für gute oder schlechte Politik verantwortlich machen) können.

12. Aus eigener Kraft wird die etablierte Politik Reformen des Systems kaum verwirklichen können. Gerade in diesem Punkt ist die Reformblockade besonders ausgeprägt. Die Interessen, die das System verdorben haben, wehren sich auch gegen seine Verbesserung. Zur Umsetzung der nötigen Reformen kommen deshalb wohl nur drei Möglichkeiten in Betracht:

- die Nutzung des Artikels 146 Grundgesetz, der eine neue Verfassung verheißt, zum Zwecke der legalen "Revolution",
- die Schaffung einer Protest- und wirklichen Reformpartei und/oder
- die Durchsetzung von Strukturreformen mittels Volksbegehren und Volksentscheid, also an den Eigeninteressen der politischen Klasse vorbei, zunächst in den Bundesländern, wo derartige Formen der direkten Demokratie schon jetzt offen stehen.

Der Verfasser ist Professor für Öffentliches Recht und Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die zwölf Thesen beruhen auf seinem jüngsten Buch "Das System. Die Machenschaften der Macht", Droemer Verlag München.

Wir meinen:

Es gibt eine weitere Möglichkeit notwendigen Veränderungen zu beschleunigen:

„Unabhängige Kandidaten“ wählen!